

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Essen

*Statement im Rahmen der Podiumsdiskussion „Was treibt die Gesellschaft auseinander? Was Hält die Gesellschaft zusammen?“ beim Politischen Forum Ruhr e.V.
am 13. April 2010, 19.30 Uhr in der Philharmonie Essen.*

Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers,
Herr Bundesminister a.D. Hombach,
Herr Vassiliadis,
Herr Dr. Holthoff-Pförtner,
verehrte Damen und Herren,

gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt, als neuer Bischof von Essen mit Ihnen über den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu diskutieren. Das Ruhrgebiet war immer „am Puls der Zeit“ oder gar der gesellschaftlichen Entwicklung ein Stück voraus. Das gilt sowohl für den vormaligen Prozess der Industrialisierung als auch heute in Sachen Strukturwandel. Gleichsam wie im Brennglas erleben wir konzentrierter und früher als andere in Deutschland vor allem die zentrifugalen Kräfte, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung einhergehen.

Da steht zum einen das Stichwort „Soziale Ungleichheit“ für die extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich und dafür, dass die Schere zwischen beidem immer weiter auseinander geht. Am Wegesrand des gesellschaftlichen Fortschritts werden oftmals die zurückgelassen, die mangels Spezialisierungswissen aufgrund geringerer Bildungschancen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu integrieren sind oder die aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse und einhergehender existentieller Unsicherheit um Lebenschancen gebracht werden.

Zum anderen wissen wir gerade in diesen Tagen um die Konflikte hinsichtlich „Migration und Integration“. Die Vielfalt der Konfessionen, Religionen und Kulturen ist eine andauernde und sogar zunehmende Herausforderung. Obwohl das Ruhrgebiet für seine historische Integrationsleistungen berühmt ist, fachen manche auf erschreckende Weise neue

Kulturkämpfe an, um durch Abgrenzung gegen andere scheinbar an eigener Identität zu gewinnen. Gemeinsam mit einigen Amtsbrüdern habe ich mich kürzlich eindeutig dazu geäußert.

Und schließlich sorgt die Finanz- und Wirtschaftskrise für neue Unruhe und Verunsicherung. Kurz: Wir leben in einer paradoxen Situation. Noch nie geht es einer Gesellschaft so lange so gut, zugleich wird die Gegenwart immerzu als Krise erfahren. Noch nie sind die Herausforderungen so groß gewesen, zugleich sollen die nötigen Reformen möglichst bei den anderen beginnen.

Mögen die Probleme noch so abstrakt sein, wir können uns als einzelne nicht einfach „wegducken“ und die anderen sie regeln lassen. Schon Aristoteles wusste vom Menschen als *zoon politicon*: „der Mensch ist ein politisches und soziales Wesen“; er hat sich einzumischen. Was ist aber die Rolle der Kirche in der gesellschaftspolitischen Diskussion? Angesichts des zunehmenden religiösen Pluralismus ist klar, dass modern-säkularisierte Gesellschaften religiös nicht zu integrieren sind. Die gesellschaftliche Funktion der Religionen besteht vielmehr darin, die Menschen in ihrem Bedürfnis nach Sinn nicht alleine zu lassen. Und es ist die Aufgabe ihrer Vertreter, in zivilisierender Weise in Debatten über Menschenwürde und Gemeinwohl einzutreten und sich dabei pluralismuskonform um den gesellschaftlichen Konsens zu bemühen. Es geht um Orientierung in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Als Ruhrbischof stehe ich für die christliche, erst recht katholische Tradition. Das Christliche ist immer nur sozial zu denken. Dem Christen geht es nicht um individuelle Selbsterlösung, sondern immer um den anderen, in dem er den ganz anderen – Gott – aufscheinen sieht. Das Zentrale der Frohen Botschaft ist: Gottes- und Nächstenliebe gehören zusammen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich vor diesem Hintergrund in der Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen Zusammenhalt lohnt, das Verhältnis von „Glaube und Vernunft“, „Freiheit und Gehorsam“ sowie den Leitbegriffen einer guten Gesellschaft „Gerechtigkeit und Solidarität“ – für manche unzeitgemäße Begriffe – wieder neu in den Blick zu nehmen.

Die heute vornehmlich massenmedial geprägte Kultur hat zu einer Verschiebung vom Innersten zum Äußersten geführt. Zum einen schicke es sich in der Öffentlichkeit nicht, jemanden nach seinem persönlichen **Glauben** zu befragen, andererseits erleben wir auf ganz anderem Gebiet die Penetranz der Intimität. Angesichts der Gottesvergessenheit vieler

Menschen heute steht neben der Frage „Was glaube ich?“ vor allem auch die Frage „Wem glaube ich?“. Mit Blick auf die unerträglichen Missbrauchskandale muss die Glaubensgemeinschaft der katholischen Kirche neu mit Glaubwürdigkeitsverlust umgehen lernen. Die Chance des Glaubens besteht in einer Haltung der Demut vor der Wahrheit, die von Gott kommt. Von dort her ist neu Authentizität, Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Das gilt für kirchliche wie gesellschaftliche Institutionen gleichermaßen. Die moderne Gesellschaft tut gut daran, für die Erkenntnis der Wahrheit auf die **Vernunft** zu setzen. Dabei darf sie nicht eindimensional werden und nur der ökonomischen Rationalität das Wort reden, der es aus individueller Perspektive bloß um Eigennutzmaximierung geht. Es ist wichtig, dass auch die gemeinwohlorientierte und solidarische Seite der Vernunft zum Tragen kommt, die die legitimen Bedürfnisse der anderen mitbedenkt und mit den eigenen zum Ausgleich bringt.

Wenn die Gegenwartsgesellschaft vor allem den Kult des Individuums zelebriert, ist es auch nötig, das Verhältnis von **Freiheit und Gehorsam** neu in den Blick zu nehmen. Wohl verstanden, ist die *Freiheit von* etwas nur die eine Seite der Medaille auf deren anderen Seite immer die *Freiheit zu* etwas steht. Das Eigene kann auf Dauer nur im Zusammenhang mit dem Großen und Ganzen entwickelt werden. Es ist die Erfahrung vieler Ehrenamtlicher, die ihre Lebenszeit zum Wohle anderer und der Gemeinschaft einsetzen, dass genau das es ist, was glücklich macht. Nur im Tun für den anderen kommt der Mensch letztlich zu sich selbst. Wenn er seine Freiheit für etwas einsetzen will, muss er Ideale haben und Vorstellungen vom Guten entwickeln. Wenn man die Menschen in ihrer legitimen Freiheit in die Pflicht für das Gemeinwohl nehmen will, muss es für sie „Sinn“ haben. Einsehbarkeit und Verständlichkeit motiviert zum solidarischen Handeln. Im Unterschied dazu führt die Forderung nach „blindem Gehorsam“ ins Leere oder gar in die Katastrophe. Statt dessen gibt es eine Pflicht zur Mündigkeit, wie uns nicht zuletzt die Aufklärung lehrt. Dieser ist gehorsam zu folgen, indem man das seine zur gesellschaftlichen Verständigung darüber beiträgt, wie wir in der modernen Gesellschaft gemeinsam leben wollen. Dieser Gehorsam dem eigenen Gewissen gegenüber ist dabei rückgebunden an den Gehorsam gegenüber den Bedürfnissen und Zielen der Gemeinschaft und letztendlich fundiert im Gehorsam gegenüber Gottes gutem Willen für die Menschen.

In diesem Sinne bin ich dankbar für die heutige Veranstaltung, die in dem Maße nicht zum talkshowgesellschaftlichen Debattierklub werden wird, wie es ihr gelingt, ernsthaft dem

Grundthema einer guten Gesellschaft nicht auszuweichen und die **Gerechtigkeitsfrage** ins ordnungspolitische Zentrum zu rücken. Über die ordnungspolitische Dimension hinaus erschöpft sich Gerechtigkeit genauso wenig in abstrakt-formalen Reflexionen politischer Philosophen wie in ideologisch aufgeladenen Kampfformeln parteipolitischer Debatten. Es geht vielmehr um der Gerechtigkeit willen um **praktische Solidarität** mit den Armen: Damit ist ein Anspruch an jeden einzelnen und an die Gesellschaft als ganze formuliert. Es geht um Solidarität mit denen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen und ins gesellschaftliche Abseits zu geraten drohen: Daran wird eine gute Gesellschaft gemessen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine anregende Diskussion.